

## Offener Brief an die Genossinnen und Genossen

„Mehr SP – aber die echte!“

Jetzt, da der rechtsextreme Milliardär Trump irgendwie US-Präsident geworden ist, freut sich sein Milliardärs-Kumpel Blocher darauf, dass auch die Schweiz Trumpland wird. Die Rechten greifen überall in Europa nach der Macht. Nichts aus der Geschichte gelernt. Da wird sofort klar: Die Schweiz braucht Veränderung, will sie ein Land sein, in dem sich gut leben lässt. Wir brauchen mehr Gerechtigkeit. Mehr Sicherheit. Mehr Freiheit. Also mehr SP.

Die Frage ist nur: welche SP?

Denn es gibt zwei. Die eine SP verwaltet nur mit. Diese Leute biedern sich bei den Aktionären an und helfen den Bürgerlichen, die öffentliche Hand arm zu sparen, die Unternehmenssteuern gegen Null zu senken, und sie wollen sogar bei der AHV Abstriche mittragen. Sie fürchten sich vor Ausländern und um sie herum wird die Schweiz eng, national und reaktionär. Sozialliberale nennen sie sich, mit viel liberal und wenig sozial. Seltsamerweise halten sich die Sozialliberalen auch noch für fortschrittlich. Dabei ist ihr Rezept die alte neoliberale Politik. Nur noch mehr davon. Mit Karacho in den Stillstand und die soziale Eiszeit. Kann sein, diese Leute sichern sich damit ihre Ständeratssitze.

Aber gewinnen sie in der Partei, würde dies das Ende der SP bedeuten. Kein Mensch braucht eine sozialliberale SP, die um ein paar Brosamen vom reich gedeckten Tisch bettelt. Das haben die deutschen und britischen Sozis schon erfahren, die französischen, spanischen und italienischen erleben es gerade. Gut, dass diese Sozialliberalen in der SP Schweiz bisher in der Minderheit sind. Gut, dass die meisten Jüngeren, die in den letzten Jahren zu uns gestossen sind, nichts von dieser falschen Sozialdemokratie halten.

Ihr wisst: Unser Ziel und unsere historische Aufgabe ist es, die Bürgerinnen und Bürger von wirtschaftlichem Zwang und Not zu befreien. Es kommt darauf an, dass die Menschen sicher sind, dass sich niemand vor einem Jobverlust, einem Unglück oder dem Alter fürchten muss. Dass die Chancen gerecht verteilt sind und Zeit und Kraft bleibt für ein reiches Leben. Im Land der Geldberge sollte das möglich sein. Soziologen nennen es die „soziale Frage“. Manche haben vergessen, wie man sie stellt. Manche finden sie zu banal. Zu wenig glamourös. Denn es geht immer um ganz konkrete Dinge wie eine sichere AHV, gerechte Löhne, Sozialversicherungen, Kündigungsschutz, Gleichstellung, Begrenzung der Arbeitszeit, Solidarität, bezahlbare Krankenkassen, gute Schulen, Ferien, Bildungsgutscheine, starke öffentlichen Dienste... Zum Beispiel. Diese Dinge stehen im Widerspruch zur Logik des herrschenden Wirtschaftssystems. Unser Job als Sozialdemokraten ist es, sie dennoch immer wieder durchzusetzen.

Niemand sagt, das sei einfacher geworden. Nie klafften so absurd hohe Vermögens- und Einkommensunterschiede auf wie heute. Die Furcht vor dem sozialen Abstieg wuchert. Wir arbeiten wieder viel länger als 40 Stunden und der digitale Kapitalismus will uns rund um die Uhr verfügbar machen. Die ökologische Katastrophe ist jeden Tag greifbarer. Im Jahr 9 der grossen Krise drohen die Banker mit dem nächsten Crash. Was man Zukunft nannte, scheint verbaut. Die Aktionäre und ihre Parteien schlagen harte Töne an. Sie deregulieren, privatisieren, zerstören Zehntausende von Jobs, drücken die Löhne, wollen die AHV brechen, sparen die öffentliche Hand kaputt. Manche Schweizerinnen und Schweizer denken, die radikale Rechte, ihr Fremdenhass und die soziale Apartheid seien eine Antwort. Das Gegenteil ist wahr: Diese neue Rechte, die SVP und all die anderen, sind die schärfste Waffe der Besitzenden und des Establishments gegen eine demokratische, moderne und soziale Schweiz.

Ich verstehe alle, denen es Angst und Bange wird. Wenn Gesellschaften die Perspektive auf sozialen Fortschritt und Gerechtigkeit verlieren, wählen die Bürgerinnen oder Bürger keine weichgespülten Verwalter, sondern ihre Schlächter. Trump eben, oder Blocher-Köppel. Wir SPler können diesen Höllenritt nach rechts in Nationalismus, Menschenabholzerei und Diskriminierung beenden. Bedingung ist, dass wir das tun, was unsere einzige Existenzberechtigung ist: Mit allen Mitteln einer demokratischen Partei immer wieder Situationen erzwingen, in denen die Besitzenden zum sozialem Fortschritt gezwungen werden. Das steht heute auf dem Spiel, wenn sich die SP ein neues «Wirtschaftsprogramm» gibt. Die Parteileitung schlägt die Demokratisierung der Wirtschaft vor. Gutes Ziel, mittelfristig. Aber für heute viel zu wenig. Wir brauchen Handfesteres. Sofort.

Wie zum Beispiel den Schutz der Arbeitnehmenden über 50. Überhaupt muss die Arbeit, die bezahlte wie die unbezahlte, in diesem Land ins Zentrum der Politik gestellt werden. Arbeit geht vor Kapitalgewinn, das wäre doch ein guter Titel für eine Volksinitiative, die sagt: Der Schutz der Arbeitenden ist oberstes Ziel der Politik. Schweizer Löhne für Arbeit in der Schweiz, und das wird mit scharfen Kontrollen und Sanktionen durchgesetzt. Genauso die Lohngleichheit. Subunternehmerketten über mehr als 2 Firmen sind verboten. Arbeitslose haben Vorrang bei Anstellungen. Gute Mindestlöhne nach der Lehre – eine Lehre soll sich lohnen. Die Arbeitszeit darf

40 Stunden nicht überschreiten. Zwischen 19h und 7 Uhr ist internetfreie Zeit. Das Mitwirkungsgesetz wird zum echten Schutz vor Massenentlassungen, durch eine echte Konsultationspflicht, die volle Einsicht in die Bücher und in den Entscheidungen des Verwaltungsrates. Kündigungsschutz für PeKo-Mitglieder. Echte Weiterbildungsbonus für 40 plus und eine grosse Bildungsinitiative für die Werktätigen, um die digitale Revolution zu meistern. Etc.

Alles keine Hexerei und das meiste ist längst gesagt. Entscheidend ist: Das ist keine Wunschliste für Reförmchen. Die SP gewinnt, wenn sie dies alles zusammenhängend und respektlos als neue Ordnung der Schweiz einfordert. Dazu gehört auch: Die Nationalbank wird gezwungen, ihr Massaker an den Arbeitsplätzen zu beenden. Zehn Prozent der 1000 Milliarden brachliegendes oder spekulativ missbrauchtes Pensionskassenkapital werden in einem Produktionsfonds für Cleantech und Innovation eingesetzt. Als alternatives Kreditangebot zu den Banken, welche die KMU mit irren Zinsen strangulieren. Und schliesslich muss endlich eine griffige Regulierung der Banken deren Herrschaft brechen. Eine Initiative dazu haben wir schon längst formuliert.

Wie gesagt: Die Schweiz braucht mehr SP. Aber die richtige. Seien wir brutal realistisch. Geben wir uns eine Utopie des Realismus. Nein, es geht nicht um mehr oder weniger „Volksnähe“. Das ist arrogant und die falsche Perspektive. Es geht darum, dass wir zu Recht sagen können: Wir sind das Volk.

Corrado Pardini.

Personen > Pardini Corrado. Offener Brief SP Schweiz. 29.11.2016